

V0355/25

Änderungsantrag zu TOP 3 der Sitzung des Stadtrats am 3. Juni 2025

V0266/25: Konsolidierungsmaßnahmen

- Änderungsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.06.2025 -

Antrag:

1. Der Gesamtetat der Ingolstädter BZA wird nicht ausgesetzt, sondern auf 100.000 Euro jährlich reduziert und gemäß der Einwohnerzahl auf die zwölf BZA aufgeteilt.
2. Der Etat des Jugendparlaments wird nicht ausgesetzt, sondern auf 10.000 Euro jährlich reduziert.
3. Der Klimaprojektfonds wird nicht ausgesetzt, sondern auf 10.000 Euro jährlich reduziert.

Stadtrat	03.06.2025	Entscheidung
----------	------------	--------------

Stadtrat vom 03.06.2025

Der Änderungsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN V0355/25 und der Antrag der Verwaltung V0266/25 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Oberbürgermeister Dr. Kern zeigt sich erfreut über die Anwesenheit der Sprecherin des Jugendparlaments, Frau Martin. Er schätze die politische Mitwirkung der jungen Menschen in der Stadt.

Herr Fleckinger verweist auf die Themen Jugendparlament, Klimaprojektfond und Bürgerbeteiligung im Vollzug des städtischen Haushalts. Gerade im Bereich der freiwilligen Leistungen sollen diese drei Positionen mit Achtsamkeit beraten werden. Die Verwaltung werde weiterhin davon ausgehen, dass mit einer entsprechenden Darstellung der bisher beschlossenen und in Umsetzung befindlichen Maßnahmen bis 2024 hier dem Willen der verschiedenen Bezirksausschüsse genüge getan werde. Herr Fleckinger verweist auf die schwierige und auch für die nächsten Jahre prägende Finanzsituation und betont, daran festzuhalten und das Thema Bürgerhaushalt ab dem Jahr 2025 bzw. 2026 auszusetzen. Dies treffe auch für den Bereich des Jugendparlaments und für den Klimaprojektfonds zu. Herr Fleckinger bittet um die Argumentation der Vorsitzenden des Jugendparlaments, wie sie die politische Darstellung oder die Aktivitäten insgesamt in der Stadtgesellschaft außerhalb dieses Budgets in Zukunft umsetzen wollen.

Frau Martin bringt ihre tiefe Besorgnis bezüglich der geplanten Budgetkürzungen des Jugendparlaments zum Ausdruck. Sie betont, dass das Jugendparlament nicht nur ein Ort der Mitbestimmung für die jungen Bürger, sondern auch ein lebendiges Symbol für die Verpflichtung, die Rechte der Jugend zu respektieren und deren Stimme zu hören, sei. Dies sei von zentraler Bedeutung für eine lebendige Demokratie in dieser Stadt. Weiter verweist sie auf die UN-Kinderrechtskonvention und deren Artikel 12, der festlegt, dass Kinder und Jugendliche das Recht haben, ihre Meinung in allen sie betreffenden Angelegenheiten frei zu äußern. Auch weist sie darauf hin, dass diese Meinung angemessen berücksichtigt werden müsse. Das Jugendparlament sei ein praktisches Beispiel dafür, wie dieses Recht in der Praxis umgesetzt werde. Dies biete den jungen Menschen die Möglichkeit, ihre Anliegen zu artikulieren, gehört zu werden und aktiv an der Gestaltung ihrer Stadt mitzuwirken. Bei

Abschaffung dieses Gremiums, werde als klare Botschaft gesendet, dass die Stimme der Jugend weniger wert sei, als diese verdiene. Dies sei nach ihren Worten ein falsches Signal in einer Gesellschaft, die sich demokratisch und inklusiv verstehe. Frau Martin merkt an, dass auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland im Artikel 20, die demokratische Ordnung des Staates garantiert werde. Dieses lege fest, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgehe und die Bürger das Recht haben, an der Willensbildung des Staates mitzuwirken. Die Beteiligung der Jugend an politischen Prozessen sei ein essentieller Bestandteil der Demokratie. Diese fördere das Verständnis für demokratische Prinzipien, Verantwortungsbewusstsein und gesellschaftliches Engagement. Frau Martin merkt an, dass das Ingolstädter Jugendparlament mit seinen mehr als 10.000 Wahlberechtigten ein wichtiger Baustein sei, um diese Wörter bei den jungen Menschen zu verankern und diese auf das zukünftige Leben in einer demokratischen Gesellschaft vorzubereiten. Nach den Worten von Frau Martin sei die Lahmlegung des Jugendparlaments eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Vor allem in Zeiten, in denen Jugendliche zunehmend rechtsextremistisch wählten. Das Jugendparlament sei ein Ort, an dem junge Menschen lernen, ihre Interessen zu vertreten, Kompromisse zu finden und demokratisch zu entscheiden. Dieses fördere die soziale Kompetenz, das Verantwortungsbewusstsein und die Bereitschaft, sich für die Gemeinschaft einzusetzen. Wenn den Jugendlichen diese Chance genommen werde, beraube man sie ihrer Rechte und ihrer Möglichkeiten, aktiv an der Gestaltung ihrer Stadt teilzunehmen. Weiter geht Frau Martin auf die Perspektiven der Jugendlichen ein. Sie merkt an, dass sich viele junge Menschen in Ingolstadt in verschiedenen Initiativen, Vereinen und Projekten engagieren. Das Jugendparlament biete hierzu eine Plattform, die Anliegen direkt an die Entscheidungsträger heranzutragen. Auch sei das Jugendparlament ein Ort, an dem junge Menschen ihre Stimme erheben können und gehört werden, um Einfluss nehmen zu können. Mit der Abschaffung dieses Gremiums nehme man ihnen die Möglichkeit und beschneide die demokratische Teilhabe. Frau Martin betont, dass die Kürzung des Budgets einer Abschaffung gleichkomme. Sie merkt an, dass auch das Jugendparlament zur Sanierung des Haushalts beitragen wolle und schlage eine Kürzung von 50 Prozent vor. Frau Martin appelliere an alle, die Bedeutung der demokratischen Jugendbeteiligung ernst zu nehmen und das Jugendparlament in Ingolstadt zu erhalten. Dies sei ein Zeichen für eine offene, inklusive und zukunftsorientierte Stadt, die die jungen Menschen ernst nehme und ihnen eine Stimme gebe. Nur so könne eine Gesellschaft gestaltet werden, in der alle Generationen respektiert werden und in der Demokratie lebendig bleibe. An den Stadtrat gewandt regt Frau Martin an, gemeinsam dafür zu sorgen, dass die Rechte der Kinder und Jugendlichen respektiert werden und die Demokratie stark und widerstandsfähig bleibe. Es liege in der Verantwortung der Stadt, den jungen Menschen eine Perspektive zu geben, diese zu fördern und ihnen die Möglichkeit zu geben, aktiv an der Gestaltung ihrer Stadt mitzuwirken. Nur gemeinsam könne eine gerechte, solidarische und zukunftsfähige Gesellschaft aufgebaut werden.

Herr Fleckinger spricht seine höchste Wertschätzung für die Arbeit des Jugendparlaments aus und verweist hierzu auf die vielen Aktivitäten und Aktionen. Er müsse aber zugleich monieren, dass die Mitwirkung der politischen Ausdrucksfähigkeit, die Darstellung der Nöte und Sorgen ausschließlich auf dieses Budget angehängt werde. Herr Fleckinger glaube, dass die große Sprechfähigkeit von großer Bedeutung sei. Dies beginne bei den Bezirksausschusssitzungen, in denen die Mitglieder des Jugendparlaments teilnehmen können, um auch hier die Entwicklung der Stadt voranzubringen. Der Finanzreferent verweist auf die Stellungnahme des Stadtjugendrings und bezweifelt, dass nach dieser Entscheidung kein Jugendlicher mehr bereit sei zu kandidieren. Das Entscheidende seien doch die Ideen, die Überlegungen, die Wünsche und Sorgen in die Politik zu tragen und nicht das Geld und die Zuschussleistungen. Diese Argumentation der Vorrednerin sei nicht der richtige Weg. Herr Fleckinger verweist auf die derzeit befindliche Finanzsituation und betont, dass in den nächsten Jahren erhebliche Opfer abverlangt werden. Das Jugendparlament hänge nicht von einem Budget ab, denn die politische Teilhabe artikuliere sich auf eine andere Weise. Insofern regt Herr Fleckinger an, die Beschlussvorlage wie vorgelegt abzustimmen. An Frau

Martin gewandt fragt der Finanzreferent nach, ob sie die Funktionsfähigkeit eines Jugendparlaments ohne Budgetbereitstellung in Gefahr sehe.

Frau Martin sehe ganz klar eine Gefahr und betont, dass es dann das Jugendparlament in Ingolstadt nicht mehr geben werde. Es gebe dann weder ein Budget, um Projekte zu organisieren, noch um sich mit anderen zu vernetzen. Damit werde dem Jugendparlament seine Stimme genommen.

Stadtrat Dr. Schickel schließt sich dem beeindruckenden Statement von Frau Martin an. An den Schulen werde mit der Verfassungsviertelstunde versucht die Jugendlichen an die Demokratie und die Politik heranzuführen. Er weist darauf hin, dass die Veralterung der Parlamente beklagt werde. Nach seinen Worten sei es ein fatales Signal, wenn man angesichts der Demokratiemüdigkeit in weiten Teilen der Gesellschaft, dem Jugendparlament Ingolstadt, welches mit dem Ziel, die Jugendlichen an die Politik heranzuführen verhaftet sei, die Mittel zu entziehen. Stadtrat Dr. Schickel betont, dass das höchste Recht eines Parlaments das Budgetrecht sei. Wenn man nun dieses dem Jugendparlament entziehe, entkerne man dies. Hierzu hinterfragt er selbstkritisch manche Privilegien des Stadtrates.

Stadtrat Höbusch stellt den Geschäftsordnungsantrag, zunächst den Änderungsantrag vorzustellen und dann in die allgemeine Debatte einzusteigen.

Stadträtin Leininger verweist auf die politische Äußerung des Finanzreferenten, die aus ihrer Sicht nicht zulässig sei. Die Arbeit des Jugendparlament müsse dem Stadtrat nicht gefallen. Es sei unzweifelhaft, dass gespart werden müsse. Hierzu verweist sie auf den Antrag ihrer Fraktion mit dem Vorschlag das Jugendparlament mit 10.000 Euro zu unterstützen. Auch mit 15.000 Euro sei die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einverstanden. Das Budget ganz zu streichen, sei für die jungen Leute keine Perspektive. Wie vorgetragen, sei das Jugendparlament dann defacto tot. Es fehle dann die Motivation, sich Projekte auszudenken und zu unterstützen. Stadträtin Leininger spricht sich gegen das Einfrieren, bzw. die völlige Abschaffung des Budgets aus. Ihre Fraktion finde schon, dass in Zeiten des härtesten Sparkurses ein gewisser finanzieller Spielraum erhalten bleiben müsse. Stadträtin Leininger sehe schon eine kleine Parallellität zwischen diesem Stadtparlament, dem Jugendparlament und auch den Bezirksausschüssen. Deshalb plädiere sie mit ihrem Antrag auf eine Beibehaltung eines bestimmten Etats.

Herr Fischer verweist auf die Beschlussfassung im Jahr 2021, ein Jugendparlament zu etablieren. Von daher solle der vorliegende Vorschlag nicht mit einer Abschaffung des Jugendparlaments gleichgesetzt werden, denn dies habe niemand gefordert. Herr Fischer betont, dass es ihm als Jugendreferent wichtig sei, das Jugendparlament zu erhalten. Von der Haushaltsseite betrachtet, haben diese nicht nur ein eigenes Budget. Es gebe weitere 30.000 Euro Personalkostenzuschuss an den Stadtjugendring, der das Jugendparlament betreut, zudem ein Sachkostenbudget von 4.000 Euro. Die Kosten für die zweijährigen Wahlen betragen 17.500 Euro. Herr Fischer merkt an, dass zu dem Budget noch laufende Ausgaben pro Jahr von 30.000 Euro hinzukommen. Dies seien alles freiwillige Leistungen, die weiterhin als freiwillige Kosten übernommen werden, obwohl ein Jugendparlament in der Bayerischen Gemeindeordnung, im Gegensatz zu den freiwilligen Bezirksausschüssen, gar nicht ausdrücklich vorgesehen sei. Hierbei handelt es sich um ein zusätzliches Gremium, dass dieser Stadtrat eingeführt habe und auch erhalten bleiben solle. Weiter verweist Herr Fischer auf die Satzung, wo aufgeführt sei, dass die Jugendlichen in Ingolstadt den Stadtrat und den Jugendhilfeausschuss beraten und ihre Anliegen vorbringen können. So ähnlich sei dies auch bei den Bezirksausschüssen. Herr Fischer gehe nicht davon aus, dass der Stadtrat sich gegen einen guten Vorschlag der Jugendpolitiker ohne Prüfung ausspreche. So sei dies auch bei den Bezirksausschüssen. Somit werden die Rechte, die in der Satzung des Jugendparlaments festgelegt seien, auch ohne dieses Budget weiterhin wahrnehmbar sein.

Auch werden weiterhin ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt, dass auch künftig Wahlen und die Begleitung des Jugendparlaments während der laufenden Legislaturperiode stattfinden könne. Dies müsse bei Betrachtung des Gesamtpakets berücksichtigt werden. Das Budget von 30.000 Euro habe so kein anderes bayerisches Jugendparlament in dieser Höhe. Herr Fischer informiert, dass der Landkreis Pfaffenhofen 5.000 Euro für das Jugendparlament zur Verfügung stelle. Er wolle nicht absprechen, dass es kein Budget mehr geben solle, aber das bisherige Budget sei im Rahmen der Haushaltssituation nicht mehr darstellbar.

Stadtrat Stachel gehe schon davon aus, die eigentlichen Aufgaben dieser Gremien zu verstehen. Wie von Herrn Fischer mitgeteilt, liege die Definition der Aufgabe nicht darin, irgendwelche Projekte zu finanzieren und Gelder zu verteilen, sondern es gehe im Wesentlichen darum, die Politik in der Stadt zu begleiten, bei der Willensbildung mitzuwirken, wertvolle Anträge für die Stadtpolitik zu leisten und auch eigenen Anträge einzubringen. Dies sei alles unabhängig davon, ob ein eigenes Budget zum Verausgaben oder zum Verbescheiden vorhanden sei. Insofern sei der Hinweis des Finanzreferenten mehr als angebracht gewesen. Stadtrat Stachel betont, dass es nicht die ureigenste Aufgabe des Jugendparlaments sei, selbstständig Ausgaben zu tätigen, sondern tatsächlich zu beraten und Dinge in die Politik einzubringen, die der Stadtrat als ältere Generation nicht so leisten könne. Insofern sei die Wichtigkeit des Jugendparlaments unumstritten. Wer der Meinung sei, dass das Jugendparlament ohne Geld nicht existieren könne, müsse an die vielen anderen Gremien in der Gesellschaft denken, die ohne ein Budget an der Willensbildung teilhaben. Weiter verweist er auf das Jugendparlament in Leipzig, das ein Sachkostenbudget von 5.000 Euro zur Verfügung hat. Dies sei genau dies, was Herr Fischer erläutert habe. Dieses Sachkostenbudget sei dafür da, dass die Arbeit des Jugendparlaments überhaupt ermöglicht werde und dies setze auch die Durchführung von Wahlen voraus, dass es Räume gebe, eine Betreuung und eine Begleitung in der Umsetzung der Tätigkeiten des Jugendparlaments. Herr Fischer habe hier auf 30.000 Euro sogenannter Begleitungskosten hingewiesen. Stadtrat Stachel sehe es sogar sehr vorteilhaft, wenn das Jugendparlament über die entstehenden Kosten mitentscheiden könne. Gerade die Wahlvorbereitung der Jugendparlamentswahl betreffend. Hiermit könne sich das Jugendparlament selbst sehr gut beschäftigen und Einfluss ausüben. Die Bezirksausschüsse haben jahrzehntelang ohne Budget gearbeitet und hatten genau diese Herausforderung, die auch das Jugendparlament habe. Sich mit Themen zu beschäftigen, die für die Gesamtgesellschaft wichtig seien und nicht einzelne kleine Partikularinteressen. Die Aufgabe des Bezirksausschusses beziehe sich auf die gesamte Stadt für den gesamten Stadtteil hier Vorschläge einzubringen, zur Gestaltung der Stadtviertel. Dies müsse nicht deswegen vom Parlament oder vom Bezirksausschuss beschlossen werden. Der Klimabeirat und der Klimafonds seien nach den Worten von Stadtrat Stachel ähnlich. Die Beratungsleistung und die Kompetenz, die dieses Gremium innehatte, sei ein wertvoller Beitrag, den die Stadt mit Nutzen könne und solle. Der Rat und die Meinung seien unabhängig davon, ob eigene Finanzmittel vorhanden seien. Stadtrat Stachel wünsche sich vom Jugendparlament künftig deutlich mehr Anträge, die den Stadtrat erreichen, um größere Dinge anzupacken und wirkliche Jugendpolitik betrieben werden könne. Die FW-Stadtratsfraktion sehe die weitere Vergabe von Mitteln für den Bürgerhaushalt, das Jugendparlament und den Klimafond kritisch.

Frau Martin weist nochmals darauf hin, dass die 30.000 Euro benötigt werden. Wenn es diese Mittel nicht mehr gebe, gebe es auch kein Jugendparlament mehr in Ingolstadt. Dieses Geld habe das Jugendparlament dafür erhalten, um unabhängig von der Stadt arbeiten zu können und kleine Projekte durchzusetzen. Wenn man nun dieses Budget nicht mehr habe, müsse alles dem Stadtrat vorgelegt werden und dies sei mit einer großen Dauer verbunden. Um unabhängig von der Stadt agieren zu können, sei Frau Martin auch mit den vorgeschlagenen 10.000 Euro zufrieden.

Stadtrat Lipp weist auch darauf hin, dass die Kosten für die Wahlen und auch die Sitzungsgelder nicht die Konsolidierung betreffen. Schade finde er, dass ein Teil der

Wählerschaft als rechtsextrem von Frau Martin betitelt werde. Er bemängelt, dass sie nicht auf das Thema Linksextremismus eingehe. Die AfD-Stadtratsfraktion stellt den Antrag das Budget, wie auch beim Landkreis Pfaffenhofen, auf 5.000 Euro zu reduzieren. Dies sei nach den Worten von Stadtrat Lipp in den Zeiten der Haushaltskonsolidierung eine verkraftbare Summe. Es sei wichtig, dass die Jugendlichen lernen, mit einem Budget umzugehen, wenn sich diese später im Stadtrat oder im BZA engagieren.

Das Jugendparlament unterscheide sich strukturell von den Bezirksausschüssen, die ganz andere Möglichkeiten haben einzuwirken und ihre Ortsteile zu vertreten. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll glaube schon, dass es hier zur Einübung demokratischer Regeln komme. Dies entspreche auch dem Qualitätsstandard, der vom Verband gefordert werde. Hier sei die Rede von mindestens 2.000 Euro als Forderung und ggf. als Richtwert für ein Jugendparlament. Für eine große Stadt wie Ingolstadt sei dies wenig und insofern würde Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll hier höher gehen. Es solle die Möglichkeit gegeben werden, das dem Parlament zustehende Haushaltsrecht zu ermöglichen. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll glaube nicht, dass es dem städtischen Gesamthaushalt schade, wenn man dem Jugendparlament ein Budget von 5.000 Euro, oder 7.000 Euro zur Verfügung stelle.

Stadtrat De Lapuente verweist auf die emotionale Diskussion und die tolle Jugendarbeit mit dem Stadtjugendring. Dieser werde von der Stadt Ingolstadt gut finanziert. Seit dem Jahr 2021 habe man ein Jugendparlament installiert, welches eine Bereicherung für den Stadtrat sei. Nach den Worten von Stadtrat De Lapuente, solle man die Jugend nicht bei 10.000 Euro bremsen, sondern wenn die Ideen mit viel mehr Kosten verbunden seien, sollen diese dem Stadtrat zur Diskussion vorgelegt werden. Dies sei für ihn Demokratieverständnis. Gute Ideen haben immer ein gutes Fundament und manches dauere vielleicht etwas länger. Das Schöne sei, bei einem gemeinsamen Weg das Budget vielleicht nochmals aufzustocken. Weiter verweist Stadtrat De Lapuente auf Zuschüsse und Förderprogramme, die abrufbar seien. Dies sei für alle ein Gewinn. Manchmal gebe es Dinge, die das Jugendparlament selbst entscheiden wollen. Wenn sich dies dann zwischen 7.000 Euro und 10.000 Euro bewege, könne man friedlich damit umgehen. Dies sollte man dem Jugendparlament mit auf den Weg geben. Dieses kleine Budget sei eine Ermutigung für das Jugendparlament. Dies sollte nicht dadurch gebremst werden, wenn es kein Budget mehr habe.

Stadtrat Wittmann kritisiert den Wortbeitrag von Stadträtin Leininger, in dem sie den Finanzreferenten, Herrn Fleckinger, dafür kritisiert, politische Aussagen zu machen. Diese hält Stadtrat Wittmann für nicht gut und unangebracht. Die Referenten der Stadt Ingolstadt seien politische Wahlbeamte, die ihren Aufgabenbereich hätten und durchaus Teil politischer Diskussionen sein können. Insbesondere bei der Diskussion um Sparmaßnahmen sei es legitim, dass der Finanzreferent dazu Stellung nehme. Er habe sich seines Erachtens nach zu recht gemeldet und seinen Beitrag geleistet. Ob alle seiner Meinung und damit einverstanden seien, sei eine andere Frage. Stadtrat Wittmann bittet deswegen um mehr Rücksichtnahme.

Sie habe ausdrücklich den Teil der Einlassungen des Finanzreferenten kritisiert, der aus der Sicht Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Tendenz hatte, die Arbeit der Jugendlichen aus einer besserwissenden Warte aus zu betrachten, stellt Stadträtin Leininger an ihren Vorredner klar. Diese Warte habe die Fraktion so wahrgenommen. Sie habe auch in einem Nachsatz erklärt gehabt, dass dem Stadtrat nicht alles gefallen müsse. Dies sei das Wichtige und betone auch die Autonomie des Jugendparlaments. Jeder werde einen Kritikpunkt haben, aber das sei insgesamt nicht wichtig beziehungsweise liege in der Verantwortung des Jugendparlaments. Sie habe lediglich kritisiert, einzelne Entscheidungen oder Projekte herauszugreifen und im Grunde die Legitimation des Parlaments in Frage zu stellen.

Stadtrat Wöhl stört, dass die Arbeit des Jugendparlaments wohl nur am Budget hänge und das Gremium vom Stadtrat komplett unabhängig sei. Die CSU-Stadtratsfraktion wünscht

sich, dass sich das Jugendparlament mehr in die Politik des Stadtrates einmische. Zwischen den Bezirksausschüssen und dem Jugendparlament müsse man unterscheiden. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll habe gemeint, dass ein kleines Budget durchaus wichtig sei. Deswegen schlage die CSU-Stadtraktions ein Budget in Höhe von 5.000 Euro vor. Auch wenn man keine finanziellen Mittel mehr zur Verfügung habe, seien die Jugend, die Jugendarbeit und das Jugendparlament sehr wichtig.

Stadträtin Segerer stellt einen Konsens fest, dass das Jugendparlament ein gewisses Budget benötige. Man hatte das Jugendparlament gewollt und man schätze dessen Arbeit sehr. Vielleicht könnten die Mitglieder des Jugendparlamentes jetzt etwas nachfühlen, wie es den Stadträtinnen und Stadträten gehe, die mit immer knapper werdenden Mitteln umgehen müssen und alles notwendige zu finanzieren. Sie fragt sich, wie die jungen Leute lernen sollen, Mittel sparsam und effizient einzusetzen, wenn ihnen gar kein Budget zur Verfügung stehe. Deshalb findet sie es sehr wichtig, ein gewisses Budget zur Verfügung zu stellen, damit das Jugendparlament einigermaßen autonom handeln könne. Sie plädiert dafür, bei dem Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu bleiben und ein Budget von 10.000 Euro zu gewähren.

Die Vergabe des Budgets sei zwar eine freiwillige, aber keinesfalls eine unnütze Leistung, meint Stadtrat Meier. Außerdem müsse die Budgetsituation aus Sicht des Jugendparlaments betrachtet werden. Deren Legislaturperiode sei im Gegensatz zu der des Stadtrates nur zwei Jahre lang. Das politische Wirken im Jugendparlament solle für die jungen Politiker erlebbar sein, sodass sie etwas bemerken, wenn sie eine Entscheidung treffen würden. Wenn die Anträge erst in den Stadtrat eingebracht werden müssten, bedeute das eine monatelange Wartezeit. Deswegen sehe er keine große Motivation, dass sich das Jugendparlament engagieren solle. Das vorgeschlagene Budget in Höhe von 2.000 bis 5.000 Euro sei im Grunde nichts. Je geringer man den Betrag ansetze, desto mehr befürchtet er eine Flut an Anträgen, die am Ende in der Summe teurer werde, als das Budget, das man abgeschafft habe. Stadtrat Meier plädiert für ein Budget für das Jugendparlament.

Man diskutiere gerade über solche eine geringe Summe, obwohl doch insgesamt 30 Millionen Euro eingespart werden müssten, kritisiert Stadträtin Kürten und betont die heikle Finanzsituation, in der sich die Stadt befinde. Sie habe das Gefühl, dass der Ernst der Lage noch nicht zu allen Beteiligten durchgedrungen sei und geht davon aus, dass man die verabschiedeten Konsolidierungspakete nach der Sommerpause nochmal besprechen werden müsse.

Sie habe im Jahr 2021 den Antrag für das Jugendparlament in den Stadtrat gebracht, weshalb ihr das Gremium eine Herzensangelegenheit sei und sie für den Betrag von 10.000 Euro plädiere, erklärt Bürgermeisterin Kleine. In Ingolstadt sei vom ersten Jugendparlament der bayerische Dachverband für die Jugendparlamente gegründet worden, was für die damaligen Sprecher ein großer Aufwand gewesen sei und viele Reisen durch Bayern bedeuteten, erinnert sie. Eben diese Vernetzungsarbeit mit anderen Jugendparlamenten sei bedeutend und dafür brauche das Jupa ein Budget, über das es selbst verfügen könne. Alle anfallenden Kosten würden akribisch und verantwortungsbewusst miteinander besprochen, betont sie. Der Finanzreferent habe in seinem Wortbeitrag vorgeschlagen, die Verfügungsmittel der Bürgermeisterinnen in Höhe von circa 4.500 Euro zur Verfügung stellen solle. Dieser Betrag werde geteilt und mit circa 500 Euro würden kleinere Vereine oder Kunst für besondere Menschen vergeben. Wenn es nicht anders gehe, könne sie jedoch ihren Betrag als Budget für das Jupa bereitstellen. Sie plädiert allerdings für ein Budget von 10.000 Euro. Sie geht auf bereits gekürzten Verfügungsmittel des Klimabeirates ein. Das Geld aus den Klima-Aktions-Fonds sei sehr gut investiert gewesen. Nichtsdestotrotz stehe beim Klimabeirat klar die Beratungsfunktion im Vordergrund. Wenn sie sich jedoch zwischen dem Jugendparlament und dem Klimabeirat entscheiden müsse, würde ihre Wahl im Zweifelsfall auf das Jugendparlament fallen. Vielleicht könnten die Aktionsfonds trotzdem weiterhin unterstützt werden.

Bürgermeisterin Kleine stimmt Stadtrat Wöhrl zu, dass sich das Jugendparlament gerne noch mehr in die Stadtpolitik einmischen solle. Bei vielen Projekten bräuchte man viel mehr die Stimme der Jugend.

Stadträtin Pane könne die von Frau Martin, der Vorsitzenden des Jugendparlaments, dargelegten Gründe, damit das Jugendparlament autonom bleibe, nachvollziehen. Deshalb stimmt sie für ein kleineres Budget für das Jugendparlament. Sie selbst habe bereits zweimal Sitzungen des Jupas beiwohnen dürfen und dessen Arbeit, die mit viel Engagement geleistet werde, kennengelernt. Man brauche die Jugend auch für die Zukunft. Sie stimmt dem Wortbeitrag von Stadtrat De Lapuente zu.

Stadtrat Dr. Schickel kritisiert, wie mit der politisch engagierten Jugend im Ingolstädter Stadtrat umgegangen werde, wenn auf der anderen Seite immer betont werde, wie wichtig die Jugend für die Zukunft sei.

Die ödp-Stadtratsgruppe stimmt dem reduzierten Budget in Höhe von 10.000 Euro für das Jugendparlament zu, so Stadtrat Köstler. Jedoch könnten auch viele Aufgaben ohne eine Budget erledigt werden. Besonders wichtig sei das Thema der Integration des Jugendparlaments, da es Teil der Stadtverwaltung sei. Die Zusammenarbeit sowohl von Seiten des Stadtrates, als auch des Jugendparlaments, müsse wesentlich enger und gestärkt werden.

Die derzeitige Führung der Stadtverwaltung durch den Stadtrat müsse sich unbedingt verbessern, da man in der freien Wirtschaft so längst bankrott gegangen wäre, kritisiert Stadtrat Dr. Böhm. Den Bezirksausschüssen (BZA) habe man früher ein viel zu hohes Budget gegeben. Man könne den verschiedenen Stellen, wie BZAs und dem Jugendparlament keine so hohen Budgets vergeben, um dieses vom einen auf den anderen Tag komplett zu streichen. An die Mitglieder des Jugendparlaments gerichtet, bittet er, die Argumente seitens des Finanzreferenten nochmal zu reflektieren, da er viele richtige Punkte genannt habe. Dem Jupa allerdings überhaupt kein Geld mehr zur Verfügung zu stellen, hält Stadtrat Dr. Böhm für falsch. Er weist außerdem auf das fortschreitende Hitzeproblem hin, das in zehn Jahren an dritter Stelle der Gesundheitsprobleme stehen werde. Deswegen müsste auch für den Klimaprojektfonds weiterhin etwas Budget gewährt werden.

Sicherlich sei nicht jeder BZA-Antrag sinnvoll gewesen, meint Stadtrat Schäuble an Stadtrat Dr. Böhm gewandt. Aber dies treffe auch auf Anträge des Stadtrates und des Jugendparlaments zu. Man treffe nicht immer optimale Entscheidungen. Nichtsdestotrotz sei die von den BZAs geleistete Arbeit sehr wichtig. Jedes Gremium, egal ob Bezirksausschuss, Jugendparlament, Seniorenkommission oder viele weitere, würden entsprechende Sorgen und Nöte vor Ort zusammentragen und politisch artikulieren. Er sei überzeugt, dass politische Ideen kein Budget benötigen würden, dass aber zur Durchführung von Politik durchaus Unterstützungsleistungen angemessen seien. Das Sachbudget und die wertvolle Arbeit des Jugendparlaments habe nie zur Debatte gestanden. Man bewege sich in einem Bereich von Budgets, die subsidiär, also als Einheit vergeben werden würden, damit die entsprechenden Gremien selbst darüber verfügen können. Deswegen müsse man zwischen den verschiedenen Institutionen fair bleiben. Es könne nicht gesagt werden, dass ein Gremium engagierter ist als das andere. Jeder sei mit Herzblut dabei und versuche die Gesellschaft und die Stadt Ingolstadt weiterzubringen.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Getrennte Abstimmung über die Beschlussvorlage der Verwaltung (V0266/25):

Ziffer 1.1:

Die Maßnahmen mit einer hinterlegten Finanzierung aus dem Bürgerhaushalt (BHH), die

bereits begonnen wurden und Maßnahmen, für die schon rechtlich bindende Verpflichtungen eingegangen wurden, werden vollständig umgesetzt. Die Gesamtkosten hierfür belaufen sich auf 953.206,77 EUR.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Ziffer 1.2:

Alle von den Bezirksausschüssen (BZA) bis dato beschlossenen BHH-Maßnahmen, die noch nicht begonnen wurden und alle für den Bürgerhaushalt 2025 noch angemeldeten Maßnahmen werden bis auf Weiteres ausgesetzt. Diese Regelung gilt vorerst für den Zeit-raum der Finanzplanung bis einschließlich 2029.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Oberbürgermeister Dr. Kern stellt klar, dass es zur Ziffer 1.3 einen Änderungsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gebe.

Die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen schlägt vor, einen Grundetat in Höhe von 100.000 Euro für den Bürgerhaushalt zu belassen, präzisiert Stadträtin Leininger den Änderungsantrag. Das sei eine 90-prozentige Reduzierung. Nichtsdestotrotz müsse man den BZAs einen gewissen Betrag zur Verfügung stellen, um deren Autonomie aufrechtzuerhalten.

Ziffer 1.3:

Abstimmung über die Ziffer 1 Änderungsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (V0355/25):

Mit Mehrheit der Stimmen:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Abstimmung über die Ziffer 1.3 der Beschlussvorlage der Verwaltung (V0266/25):

Mit Mehrheit der Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Bei der Ziffer 2 des Antrags der Verwaltung habe man einen Änderungsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die eine Budgethöhe von 10.000 Euro vorschlägt, erklärt Oberbürgermeister Dr. Kern. Stadtrat Wöhrl beziehungsweise Stadtrat Lipp hätten eine Höhe von 5.000 Euro zur Abstimmung vorgeschlagen.

Stadtrat Bannert erinnert daran, dass Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll einen Kompromissvorschlag in Höhe von 7.500 Euro gemacht hat.

Oberbürgermeister Dr. Kern erkundigt sich bei Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, ob der Vorschlag, dem Jugendparlament ein Budget in Höhe von 7.500 Euro zu gewähren, zur Abstimmung gestellt werden soll.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll antwortet ihrem Vorredner, dass über die 7.500 Euro nicht abgestimmt werden solle.

Ziffer 2:

Abstimmung über die Ziffer 2 des Änderungsantrags der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (V0355/25) über eine Summe von 10.000 Euro jährlich:

Mit Mehrheit der Stimmen:
Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag von Stadtrat Wöhrl beziehungsweise Stadtrat Lipp über eine Summe von 5.000 Euro jährlich:

Mit Mehrheit der Stimmen:
Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Ziffer 3:

Abstimmung über die Ziffer 3 des Änderungsantrags der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (V0355/25) über eine Summe von 10.000 Euro jährlich:

Mit Mehrheit der Stimmen:
Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmung über die Ziffer 3 der Beschlussvorlage der Verwaltung (V0266/25):

Mit Mehrheit der Stimmen:
Entsprechend dem Antrag genehmigt.